

Ein Gespräch mit Karl Otto Pöhl, Bundesbankpräsident von 1980 bis 1991, über die Zukunft der europäischen Finanzpolitik, die Fehler der Wiedervereinigung und sein Verhältnis zur Sozialdemokratie

„Der Stabilitätspakt ist tot“

Was halten Sie von der Bestellung Axel Webers zum Präsidenten der Bundesbank?

Ich war völlig überrascht über diese unkonventionelle Entscheidung. Aber ich halte sie für eine der besten Taten der Regierung in letzter Zeit. Ich kenne Herrn Weber sehr gut aus seiner früheren Tätigkeit als Direktor des Center for Financial Studies in Frankfurt, dessen Präsident ich bin. Er hatte schon damals engen Kontakt zur Europäischen Zentralbank (EZB) und zur Bundesbank.

Kann ein Geldtheoretiker in der Leitung einer großen Behörde und in der Politik reüssieren?

Bestimmt. Die wichtigste Aufgabe des Bundesbankpräsidenten ist heute die Mitwirkung im EZB-Rat. Hier wird Weber eine gewichtige Stimme einbringen, nicht zuletzt, weil seine Argumente eine solide wissenschaftliche Basis haben. Das ist entscheidend.

Aber auch Weber hat im EZB-Rat nur eine Stimme, obwohl er das größte Land Europas vertritt. Ist das weise?

Ich denke schon – schließlich habe ich die Regelung selbst vorgeschlagen, als die europäischen Notenbankgouverneure unter meinem Vorsitz das Statut der EZB schufen. Die Gleichberechtigung aller Mitglieder des EZB-Rates sollte dazu führen, dass sich ein gewisser Corps d'Esprit entwickelt. Das scheint auch der Fall zu sein. Übrigens gab es das gleiche Prinzip auch im Zentralbankrat der Bundesbank. Entscheidend war die Kraft der Argumente.

Für die Politik ist die EZB aber nicht mehr der Mahner und manchmal Besserwisser, wie es die Bundesbank oft gewesen ist ...

Das stimmt, aber das geht nicht anders. Die Bundesbank konnte Kritik an der Politik oder an wirtschaftlichen

Fehlentwicklungen immer mit den Konsequenzen für die Geldpolitik begründen. Die EZB aber kann sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsländer einmischen.

Man könnte auch sagen, die EZB darf sich nicht mehr einmischen. Ist die EZB unabhängig genug?

Unabhängig muss sie vor allem in ihren geldpolitischen Entscheidungen sein. Der Lackmустest steht noch bevor, wenn die EZB die Preisstabilität in Gefahr sieht und deswegen einen restriktiven – also konjunkturdämpfenden Kurs – einschlägt, gleichzeitig aber die Arbeitslosigkeit in einigen EU-Ländern sehr hoch ist. Das könnte schwierig werden, wenn sich die Finanzpolitik, aber auch die Lohn- und Sozialpolitik der einzelnen EU-Länder weiterhin stark unterscheiden.

Könnte es die Währungsunion zerstören?

Durchaus. Es ist nicht zu übersehen, dass sich die einzelnen Volkswirtschaften in der Eurozone recht unterschiedlich entwickeln. So sind die Inflationsraten in Italien, Spanien und einigen kleineren Ländern doppelt so hoch wie in Deutschland.

Was sind die Konsequenzen?

Wenn in einem Land Löhne und Preise wesentlich schneller steigen als in anderen Ländern der Europäischen Union, und wenn dies schneller geschieht, als es durch die Produktivitätsentwicklung gerechtfertigt wäre, verliert dieses Land an Wettbewerbsfähigkeit. Früher kam es dann zu einer Abwertung der Währung. Innerhalb der Währungsunion ist das nicht möglich, also passt sich die wirtschaftliche Entwicklung anders an – über höhere Arbeitslosigkeit, Bankrotte und andere Mechanismen. Das kann sehr schmerzhaft sein und die Be-

geisterung für den Euro weiter dämpfen. Der italienische Premierminister Berlusconi hat kürzlich den Euro für die relativ hohe Inflation in Italien verantwortlich gemacht. Das stimmt nicht, spiegelt aber die Stimmung im Volke wider.

Die Stimmung in der EU könnte noch schlechter werden, wenn eines der neuen EU-Beitrittsländer den Euro einführt ...

Zweifellos. Ich kann Ländern wie Polen, Ungarn oder der Tschechischen Republik nur empfehlen, sich mit diesem Schritt Zeit zu lassen. Sie sind weit davon entfernt, die Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der Währungsunion zu erfüllen. Es kann nur in ihrem Interesse sein, das Instrument der Wechselkursanpassung nicht zu früh aufzugeben.

Auch vor der Wiedervereinigung warnen Sie als Bundesbankpräsident vor einer Währungsunion mit einem Umtauschverhältnis von eins zu eins. Haben sich Ihre Befürchtungen bestätigt?

Offensichtlich. Die Fehler, die alle Beteiligten beim Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik gemacht haben, sind ein wesentlicher Grund für die wirtschaftliche Misere, in der sich unser Land heute befindet.

Was lief falsch?

Wir haben die D-Mark eingeführt, ohne die völlig unterschiedlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, insbesondere die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft. Vor allem aber haben wir versucht, möglichst schnell gleiche Lebensverhältnisse herzustellen – all das hat zu einer weitgehenden Deindustrialisierung Ostdeutschlands geführt. Alles war gut gemeint, aber es war nicht gut für unser Land. Für Westdeutschland sind die enormen Transferleistungen – 75 Milliarden Euro jährlich – eine schwere Be-



„Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben sich große Verdienste um unser Land erworben. Die Tragik ist, dass sie mehr erreicht haben, als sie sich je erträumten“

lastung der Staatsfinanzen, vor allem der Sozialversicherungen.

Gab es eine Alternative?

Die damalige Regierung hat selbst am gleichen Tag, als die Einführung der D-Mark angeboten wurde, ein Programm für eine stufenweise Vereinigung vorgelegt. Ich gebe aber zu: Der politische Druck und die nationale Begeisterung waren ungeheuer. Die Rationalität blieb da manchmal auf der Strecke. Warnungen wurden ignoriert.

Was soll jetzt geschehen?

Milliardenschwere Subventionen, euphemistisch Fördermittel genannt, sind auf Dauer keine Lösung. Sie wirken nur teilweise, wandern oft in die falschen Kanäle und sind politisch problematisch. Es gibt nur eine Lösung: Die Kosten in Ostdeutschland müssen deutlich niedriger werden, damit Investitionen dort attraktiv sind. Am Arbeitsmarkt geht es ja schon in diese Richtung.

Auch für die DDR-Bürger war die D-Mark ein Symbol für Wohlstand und Stabilität. Wenige Jahre nach der Wiedervereinigung hat die Politik die Abschaffung der D-Mark geradezu angeboten. Fanden Sie das richtig?

Ich war damals sehr verwundert – ebenso wie viele im Ausland. Ohne Not hat Deutschland seine geldpolitische Souveränität geopfert. In einem Referendum hätte wahrscheinlich eine Mehrheit der Deutschen gegen die Abschaffung der D-Mark gestimmt. Selbst heute ist der Euro nicht sonderlich beliebt, wie Umfragen zeigen.

Hält die europäische Währungsunion, was sie verspricht?

Leider nur teilweise. Der von vielen erwartete Wachstumsschub ist ausgeblieben. Im Gegenteil: Ländern, die nicht der Währungsunion angehören, wie Großbritannien, geht es wirtschaftlich viel besser als Deutschland. Aber dafür gibt es noch andere Gründe.

Der amerikanische Nobelpreisträger Milton Friedman sagte in einem Cicero-Interview, die D-Mark sei bei der Euro-Einführung zu hoch bewertet worden. Das sei ein wesentlicher Grund für die derzeitige Wachstumsschwäche. Teilen Sie diese Ansicht?

Nein. Dagegen spricht, dass wir auch gegenüber den Euro-Ländern einen hohen Exportüberschuss haben. Ich glaube sogar, dass sich die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in Europa eher verbessern wird, weil unsere Produktivität höher ist und weil unsere Preise und Löhne im Vergleich weniger steigen. Ein enormer Nachteil des Euro ist jedoch für uns, dass einige Wettbewerber, vor allem Italien und Spanien, mit dem Euro sozusagen deutsche Zinsen bekommen haben. Das ist für diese Länder ein Vorteil, während sich die Finanzierungsbedingungen in Deutschland relativ verschlechtert haben.

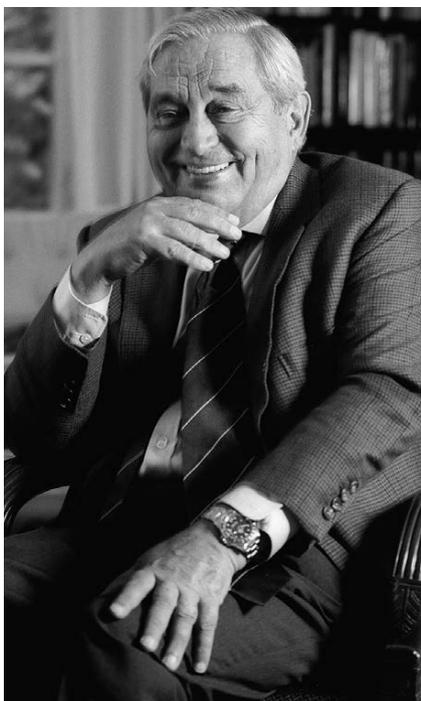


Foto: Siggi Lustenberg

Also hat der Euro uns Deutschen nur Nachteile gebracht?

Das will ich nicht sagen. Der große Vorteil des Euro ist, dass es in einem großen Wirtschaftsraum keine Wechselkurse mehr gibt, die Wirtschaft also ohne Kursrisiken planen kann. Die Eurozone ist zu einem Binnenmarkt geworden, der fast so groß ist wie die USA. Das hat weitreichende Konsequenzen, etwa auch in der Finanzpolitik der Länder.

Aber der Stabilitätspakt ist nicht gerade eine Erfolgsgeschichte ...

Ja, das war zu befürchten. Finanzpolitische Disziplin ist absolut notwendig für das Funktionieren der Währungsunion. Wie wir jetzt sehen, war es aber

von Anfang an eine Illusion, diese Disziplin an einem recht willkürlich festgelegten Budget-Defizit zu messen. Kaum ein Land in der Währungsunion kann dieses Kriterium in einer Stagnationsphase einhalten.

Der österreichische Finanzminister, Karl-Heinz Grasser, plädiert dafür, Defizitsündern wie Deutschland in der EU das Stimmrecht vorübergehend zu entziehen.

Davon halte ich gar nichts. Man kann die größte Volkswirtschaft innerhalb der Europäischen Union nicht einfach ausschließen.

Also ist der Stabilitätspakt tot.

In seiner jetzigen Form, ja. Die EU-Länder werden jedoch eine neue Vereinbarung finden, die sich auch Stabilitätspakt nennen mag, die aber etwas anderes beinhaltet. Es ist richtig, dass jetzt über andere Methoden nachgedacht wird, wie die Länder ihre Finanzpolitik in Einklang bringen können.

Wie soll das funktionieren, wenn die Länder schon mit ihrer eigenen Finanzpolitik Schwierigkeiten haben?

Einer gemeinsamen Geldpolitik müsste eine gemeinsame Finanzpolitik entsprechen. Kein Land scheint bereit, auf diesem bedeutenden Gebiet seine Souveränität einzuschränken. Möglich ist allenfalls, dass die Länder ihre Finanzpolitik im Rat der Finanzminister abstimmen.

Würden Sie ein höheres Defizit akzeptieren, wenn das zu höherem Wachstum führte?

Unter Umständen ja. Es ist doch ökonomischer Unfug, ausgerechnet in einer Periode der Stagnation Investitionsausgaben zu kürzen und Einnahmen über höhere Steuern und Sozialabgaben zu erhöhen. Über eine derartige Finanzpolitik sind schon die Regierung Erhard in den sechziger Jahren und die Regierung Schmidt Anfang der achtziger Jahre gestürzt. So, wie es aussieht, könnte es der Regierung Schröder genauso ergehen, vielleicht schon vor 2006.

Sie sind immer noch ein Keynesianer?

Was heißt Keynesianer? Keynes war kein Sozialist, sondern ein kluger Liberaler. Auch ich bin für Veränderungen der Angebotsseite, vor allem für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Aber wir sollten die Nachfrageseite nicht völlig vernachlässigen. Genau das geschieht aber zurzeit.

Wäre es hilfreich, für die Finanzierung öffentlicher Investitionen Teile der Goldreserven zu verkaufen, so wie es der frühere Bundesbankpräsident Ernst Welteke vorgeschlagen hatte?

Ich bin dafür. Das ist auch so vorgesehen und das haben andere Notenbanken vorgemacht, selbst die konservative Schweiz. Die Bundesbank braucht keine größeren Reserven mehr, weil sie keine Währung mehr zu verteidigen hat.

Zum Schluss eine persönliche Frage: Sind Sie noch Mitglied in der SPD?

Ja. Obwohl meine Verbindung nur noch sehr locker ist. Emotional bin ich der SPD noch verbunden. Ich bin 1948 mit 18 Jahren in diese Partei eingetreten. Viele Sozialdemokraten, die ich damals kennen gelernt habe, waren für mich sozusagen die besseren Deutschen, denn sie hatten von Anfang an gegen die Nazis gekämpft. Einigen von ihnen habe ich viel zu verdanken – zum Beispiel mein Studium. Das habe ich nicht vergessen.

Können Sie sich mit der SPD-Politik identifizieren?

Nur teilweise. Das war schon immer so. Mein Vorbild und Mentor war Karl Schiller, der eher ein Liberaler war und unter anderem Friedrich von Hayek sehr verehrt hat, wie ich auch.

Schlägt ihr politisches Herz also rechts oder links?

Das ist eine gewagte Metapher. Wenn Sie schon eine Katalogisierung wollen, würde ich mich als linken Liberalen einordnen.

Nicht als Sozialdemokraten?

Das schließt sich nicht aus. Das Schimpfen einiger Sozis und Gewerkschaftsfunktionäre auf die Neoliberalen zeugt nur von ihrer Unkenntnis der Geschichte und der einschlägigen Literatur, etwa Wilhelm Röpkes „Jenseits von Angebot und Nachfrage“. Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben sich große Verdienste um unser Land erworben. Die Tragik ist, dass sie mehr erreicht haben, als sie sich je erträumten. Heute müssen sie ihren Mitgliedern und Anhängern erklären, dass sie in der Regierung selbst dazu beitragen sollen, den Wohlfahrtsstaat, auf den sie so stolz waren, zurückzuschneiden. Das tut weh, und es ist fraglich, ob SPD und Gewerkschaften dies überleben, jedenfalls in ihrer alten Form.

Das Interview führte Vanessa Liertz